

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juni 2024

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen.....	1
Europäische Garantie für Kinder: Treffen der nationalen Koordinator:innen.....	1
EU-Rat legt Standpunkt zu gestärkten Rechten von Opfern inkl. Kindern fest.....	1
EU-Rat diskutiert Leihmutterchaft und Verjährung für sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet.....	1
EU-Kommission: Porno-Plattformen sollen sich zu Minderjährigenschutz erklären.....	2
EU-Rat zur Verstärkung der Bemühungen zur Verwirklichung der EU-Ziele zur Verkehrssicherheit.....	2
EU-Rat verabschiedet Plan zur Impfung von Jugendlichen gegen HPV und Hepatitis B.....	2
EuGH: Identifikation mit dem Grundwert der Gleichheit der Geschlechter kann Asylgrund sein.....	3
EU-Rat aktualisiert EU-Leitlinie zu Kindern und bewaffneten Konflikten.....	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	3
Irland und Polen legen ihre Umsetzungsberichte zur Europäischen Garantie für Kinder vor.....	3
Belgien: Elternbarometer 2024.....	3
Schweizer Bundesregierung lehnt Kita-Initiative ab.....	4
Schweizer Bundesregierung: Patchworkfamilien beim Vererben der Altersvorsorge.....	4
Schweizer Parlament und Regierung wollen die Adoption von Stiefkindern erleichtern.....	4
Schweizer Bundesregierung lässt Konzept für eine dauerhafte Armutsprävention erarbeiten.....	4
Ukraine: Forschung zeigt die extreme Not der Bevölkerung auf.....	5
Frankreich: Macron will Smartphone-Nutzung von Minderjährigen weiter einschränken.....	5
Weitere Nachrichten.....	5
18 NGOs fordern volle Transparenz bei der Umsetzung der Europäischen Pflegestrategie.....	5
Offene UN-Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns schlägt Ausarbeitung einer Altenrechtskonvention vor.....	5
Familie und Wohnen: Wohnort als Elternfalle, Toolkit sozialer Wohnungsbau.....	6
Deklaration anlässlich des 30. Jubiläums des Internationalen Jahres der Familie.....	6
Erster Internationaler Tag des Spielens.....	6
Weltgesundheitsversammlung: Durchbruch bei internationalen Gesundheitsvorschriften.....	6
Berichte und Studien.....	7
OECD Sozialindikatoren: Society at a Glance 2024 – mit einem Fokus auf die Geburtenentwicklung.....	7
Studie zeigt das Steuergefälle zwischen Steuerzahler:innen mit und ohne Kindern.....	7
OECD: PISA-Studien zu kreativem Denken und finanzieller Bildung.....	7
UNICEF: schwere Ernährungsarmut bei jedem vierten Kleinkind.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

Europäische Garantie für Kinder: Treffen der nationalen Koordinator:innen

Am 14. Juni 2023 wurde der 3. Jahrestag der Europäischen Garantie für Kinder begangen. Aus diesem Anlass trafen sich deren Koordinator:innen aus 23 Mitgliedstaaten, um über die Maßnahmen zu diskutieren, die sie in ihren Ländern durchführen. EU-Kommissar Nicolas Schmit hob hervor, dass jedes vierte Kind in der EU in einem Haushalt mit niedrigem Einkommen lebt und die frühzeitige Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen die Bildungs- und Beschäftigungsaussichten der Kinder verbessert. Die nationalen Koordinator:innen der Garantie für Kinder stellten ihre Fortschrittsberichte vor und tauschten bewährte Verfahren aus, darunter auch die neue deutsche Initiative „Startchancen-Programm“ für einen besseren Start ins Leben, die darauf abzielt, den schulischen Erfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Prof. Olivier De Schutter, UN-Sonderberichterstatter für extreme Armut und Menschenrechte, betonte die Notwendigkeit, die Investitionen in Kinder aufrechtzuerhalten und zu erhöhen, auch angesichts der Haushaltskonsolidierung.

EU-Rat legt Standpunkt zu gestärkten Rechten von Opfern inkl. Kindern fest

Der Rat der Justizminister:innen hat seinen Standpunkt zu einer vorgeschlagenen Aktualisierung der Opferschutzrichtlinie von 2012 bestimmt. Mit dieser Aktualisierung werden Mindestvorschriften festgelegt und gestärkt, um sicherzustellen, dass Opfer einer Straftat Schutz, Unterstützung und Zugang zu Informationen erhalten und ihre Rechte geltend machen können. So haben die Mitgliedstaaten beschlossen, eine leicht zugängliche, benutzerfreundliche, kostenlose und vertrauliche Opfer-Hotline mit einer EU-weit harmonisierten Telefonnummer einzurichten. Den Bedürfnissen von Kindern als Opfern von Straftaten wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. So müssen die Mitgliedstaaten die Verfügbarkeit kindgerechter und altersgerechter Unterstützungs- und Schutzdienste sicherstellen, die behördenübergreifend ärztliche Untersuchungen, emotionale und psychologische Unterstützung, die Möglichkeit der Anzeige von Straftaten, die individuelle Begutachtung des Schutz- und Unterstützungsbedarfs und die Möglichkeit der Videoaufzeichnung von Zeugenaussagen von Opfern im Kindesalter umfassen. Der Rat wird Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über den endgültigen Text aufnehmen.

- [EU-Rat: Rechte von Opfern – Rat legt Standpunkt zu gestärkten Vorschriften der EU fest](#)

EU-Rat diskutiert Leihmutterschaft und Verjährung für sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet

In der Orientierungsdebatte des Rats der Justizminister:innen über den Verordnungsvorschlag zur gegenseitigen Anerkennung der Elternschaft stand die Elternschaft durch Leihmutterschaft im Zentrum der Beratungen. Insbesondere wurde erörtert, ob eine Ausnahme zum Schutz der öffentlichen Ordnung oder alternative Lösungen vorgesehen werden sollen. Eine Mehrzahl der Mitgliedstaaten hat sich dabei, wie auch Deutschland, für die Aufnahme einer Ausnahmemöglichkeit ausgesprochen. Während einige Mitgliedstaaten weitergehende Lösungen gefordert haben, erklärte Italien, keinen Text mittragen zu wollen, in dem die Leihmutterschaft genannt werde.

Die Orientierungsdebatte zum Richtlinienvorschlag zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern hat sich im Wesentlichen auf die Verjährungsfristen für die in der Richtlinie vorgesehenen Straftatbestände sowie die rechtliche Behandlung von KI-generierten Darstellungen sexuellen Missbrauchs konzentriert. Die überwiegende Mehrzahl der Mitgliedstaaten hat sich für lange Verjährungsfristen ausgesprochen. Bundesjustizminister Marco Buschmann forderte eine flexible Lösung, so dass Deutschland nicht gezwungen sei, den Verjährungsbeginn bereits

auf die Volljährigkeit des Opfers festzuschreiben. Insgesamt, auch von Deutschland, wurde vom Rat ein möglicher Ansatz als problematisch angesehen, für KI-generiertes Material einen niedrigeren Strafraum als für Missbrauchsdarstellungen von real existierenden Personen vorzusehen. Dies könne den Tätern die Schutzbehauptung ermöglichen, irrtümlicherweise davon ausgegangen zu sein, dass es sich „nur“ um KI-generiertes Material gehandelt habe.

- [EU-Rat: Tagung des Rates \(Justiz und Inneres – Bereich Justiz\), 14 Juni 2024](#)

EU-Kommission: Porno-Plattformen sollen sich zu Minderjährigenschutz erklären

In einer Stellungnahme hat die EU-Kommission die Pornografie-Plattformen Pornhub, Stripchat und XVideos aufgefordert, Informationen über ihre Maßnahmen zum Minderjährigenschutz und zur Verhinderung illegaler Inhalte vorzulegen. Die Pornografie-Websites wurden im Dezember in die Liste der sehr großen Online-Plattformen (VLOPs) aufgenommen, die unter das Gesetz über digitale Dienste fallen. Wegen der damit verbundenen Verpflichtungen haben die Betreiber dagegen geklagt. Gleichwohl verlangt die Kommission nun bis zum 4. Juli detaillierte Informationen über die Maßnahmen, die die Pornografie-Websites ergriffen haben, um die Risiken im Zusammenhang mit dem Schutz von Minderjährigen im Internet zu mindern sowie die Verbreitung von illegalen Inhalten und geschlechtsspezifischer Gewalt zu verhindern.

EU-Rat zur Verstärkung der Bemühungen zur Verwirklichung der EU-Ziele zur Verkehrssicherheit

Der Rat hat Schlussfolgerungen zu einem Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs gebilligt, demzufolge die Bemühungen der EU zur Verwirklichung ihrer Ziele für die Sicherheit im Straßenverkehr verstärkt werden sollten. Dem Bericht gemäß starben in der EU 20 640 Menschen im Straßenverkehr im Jahr 2022. Die Studie zur Global Burden of Disease rechnet mit 26 900 Verkehrstoten in der EU 2021, darunter über 1700 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren.

Der Bericht des Rechnungshofs hatte aufgezeigt, dass die bisherigen Maßnahmen nicht genügen, um die Ziele der EU zu erreichen: die Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten bis 2030 (im Vergleich zu 2019) zu halbieren – im Einklang mit dem entsprechenden Sustainable Development Goal der UN – und die Zahl der Straßenverkehrstoten bis 2050 auf nahe Null zu senken. Der Rat greift keine der im Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen auf und hebt in seinen Schlussfolgerungen die unterschiedlichen Methoden, Praktiken und nationalen Merkmale in den Mitgliedstaaten hervor.

- [European Court of Auditors: Reaching EU road safety objectives: Time to move up a gear](#)  
- [Council of the EU: Council conclusions on the European Court of Auditors' Special Report](#)  

EU-Rat verabschiedet Plan zur Impfung von Jugendlichen gegen HPV und Hepatitis B

Der Rat der Gesundheitsminister:innen hat eine Empfehlung angenommen, die darauf abzielt, durch Impfung vermeidbare Krebserkrankungen in der EU zu bekämpfen, indem die Impfquote gegen humane Papillomviren (HPV) und Hepatitis B erhöht wird. Die Empfehlung ermutigt die Mitgliedstaaten insbesondere, das bereits festgelegte Ziel zu erreichen, bis 2030 auf EU-Ebene mindestens 90 % der Mädchen im Alter von 9 bis 14 Jahren vollständig gegen HPV zu impfen und die Impfung von Jungen gegen HPV im gleichen Zeitraum deutlich zu erhöhen, um das Risiko einer Übertragung zu verringern. Ebenso sollen die WHO-Ziele für 2030 zu Hepatitis B erreicht werden, insbesondere eine Impfquote von 95 % bei Kindern und Neugeborenen.

- [EU-Rat: Empfehlung des Rates zu durch Impfung verhütbaren Krebsarten](#) 



EuGH: Identifikation mit dem Grundwert der Gleichheit der Geschlechter kann Asylgrund sein

Sollten Frauen sich mit dem Grundwert der Gleichheit von Frauen und Männern identifizieren, kann das ein Grund für die Anerkennung als Flüchtling in der EU sein, sofern ihnen aufgrund dieser Tatsache im Heimatland Verfolgung droht. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem Urteil vom 11. Juni 2024 im Fall von zwei Mädchen aus dem Irak entschieden, die in den Niederlanden Asyl beantragt hatten. Der EuGH hat in seinem Urteil (C-646/21) die EU-Richtlinie über den internationalen Schutz für Flüchtlinge so ausgelegt, dass die Identifikation mit einem europäischen Grundwert die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe im Herkunftsland begründen könne. Wenn dort deshalb Verfolgung drohe, gebe es Anspruch auf Schutz in der EU.

- [EuGH: Internationaler Schutz – Frauen, die sich mit dem Wert der Gleichheit ...](#) 

EU-Rat aktualisiert EU-Leitlinie zu Kindern und bewaffneten Konflikten

Der Ministerrat hat aktualisierte EU-Leitlinien zu Kindern und bewaffneten Konflikten angenommen, die erstmals 2003 erlassen und dann im Jahr 2008 aktualisiert wurden. Die aktualisierten EU-Leitlinien sollen neuen Entwicklungen Rechnung tragen – z. B. den zunehmenden Bedrohungen nicht zuletzt durch den Einsatz neuer Technologien und dem willkürlichen Einsatz von Explosivwaffen in besiedelten Gebieten. Parallel dazu hat die EU ihre Checkliste für die Einbeziehung des Schutzes der von bewaffneten Konflikten betroffenen Kinder in die Missionen und Operationen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aktualisiert.

- [EU-Rat: Schlussfolgerungen zur Aktualisierung der Leitlinien zu Kindern in bewaffneten Konflikten](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Irland und Polen legen ihre Umsetzungsberichte zur Europäischen Garantie für Kinder vor

Als zwölfter und dreizehnter Mitgliedstaat legen Irland und Polen ihre Fortschrittsberichte vor. Alle Berichte sollten bereits im März bei der EU-Kommission eingereicht worden sein (s. [AGF-EuropaNews 4/24](#)). Die Berichte dienen dazu, die Umsetzung der Nationalen Aktionspläne zur Europäischen Garantie für Kinder darzustellen.

- [EU-Kommission: Europäische Garantie für Kinder](#) (dort nach unten zur Aufklappliste „Select ...“ scrollen)

Belgien: Elternbarometer 2024

Der Verband Ligue des familles aus dem französischen Teil Belgiens hat sein Elternbarometer veröffentlicht, das über den Zustand und die Entwicklung der Familien in Belgien informiert. Das Barometer wird alle zwei Jahre veröffentlicht. Diese Ausgabe behandelt unter anderem einige Probleme, die bereits 2015 identifiziert wurden und nach wie vor fortbestünden. So sei es beispielsweise nach wie vor schwierig, einen Kinderbetreuungsplatz zu finden. 23 % der Eltern mussten ihre Arbeit reduzieren oder aufgeben, weil es nicht genügend Krippenplätze gab. Dabei würden Frauen viel häufiger ihre Arbeitszeit reduzieren oder ihre Arbeit ganz aufgeben als Männer. 62 % der Eltern hätten Schwierigkeiten, eine Kinderbetreuung für kranke Kinder zu finden. Mindestens 500 Kinderbetreuungsplätze seien in den letzten fünf Jahren verloren gegangen, wobei hinzukommt, dass es nach wie vor keinen bezahlten Krankenurlaub für alle Eltern gibt.

- [Ligue des Familles: Le Baromètre des parents 2024](#) 

Schweizer Bundesregierung lehnt Kita-Initiative ab

Der Schweizer Bundesrat spricht sich in einer Botschaft ans Parlament gegen die Volksinitiative „Für eine gute und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung für alle (Kita-Initiative)“ aus. Er argumentiert, dass die Initiative im Widerspruch zur geltenden Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden stünde und für den Bund Mehrkosten in Milliardenhöhe zur Folge hätte. Diese Ausgaben seien angesichts der drohenden Milliardendefizite nicht tragbar. Er teile die Auffassung, dass die familienergänzende Kinderbetreuung weiterhin gefördert werden müsse und dass die öffentliche Hand die Eltern finanziell stärker entlasten solle. Im Rahmen der Debatte über die parlamentarische Initiative „Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung“ (s. [AGF-EuropaNews 5/24](#)) hat er darauf verwiesen, dass eine Entlastung der Eltern jedoch nicht zu Lasten des Bundes gehen dürfe.

Schweizer Bundesregierung: Patchworkfamilien beim Vererben der Altersvorsorge

Zur staatlichen Altersvorsorge in der Schweiz gehört eine sogenannte dritte Säule: ein Vorsorgevermögen, für das Erwerbstätige steuerlich absetzbare Einzahlungen leisten können. Dieses Vorsorgevermögen wird auch vererbt. Gegenwärtig werden jedoch die Ehegattin bzw. der Ehegatte oder die/der eingetragene Partner:in gegenüber Kindern aus einer früheren Beziehung systematisch bevorzugt. Die Reihenfolge der Begünstigten von Vorsorgevermögen der Säule 3a im Todesfall soll künftig geändert werden können. Der Bundesrat hat einen Bericht verabschiedet, in dem verschiedene Varianten analysiert werden, um den Vorsorgenehmenden die Möglichkeit zu geben, die Reihenfolge der Begünstigten zu ändern und somit der Situation von Patchworkfamilien besser Rechnung zu tragen.

Schweizer Parlament und Regierung wollen die Adoption von Stiefkindern erleichtern

Mit einer parlamentarischen Initiative wurde der Bundesrat beauftragt, eine Änderung des Adoptionsrechts zu entwerfen. Es geht um Fälle, in denen ein Kind seit Geburt mit dem rechtlichen Elternteil und der adoptionswilligen Person zusammenlebt. Für diese soll das Verfahren der Stiefkindadoption vereinfacht und beschleunigt werden. Vorgeschlagen wird, künftig auf das Erfordernis eines Pflegejahres zu verzichten. Zudem sollen weitere Anpassungen im Adoptionsverfahren vorgenommen werden. Ergänzend wird auch im Bereich der Adoption eines volljährig gewordenen Stiefkindes eine Anpassung vorgeschlagen.

- [Bundesrat: Vernehmlassung 2024/47, Änderung des ZGB – Erleichterte Stiefkindadoption](#)

Schweizer Bundesregierung lässt Konzept für eine dauerhafte Armutsprävention erarbeiten

Die Nationale Plattform gegen Armut, in der der Bund gemeinsam mit Kantonen, Gemeinden und Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, läuft im Dezember 2024 aus. Sie ist extern evaluiert worden. Ihre Dienstleistungen werden als von hoher Qualität eingeschätzt, aber ihre Reichweite sei begrenzt. Der Bundesrat lässt prüfen, wie die Wirkung ihrer Aktivitäten erhöht werden kann. Das Innenministerium ist nun beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, um die Plattform in eine dauerhafte Struktur zur Koordination und Entwicklung einer nationalen Armutspolitik zu überführen. Der Bundesrat wird Ende des Jahres über das weitere Vorgehen entscheiden. In der Schweiz sind rund 700 000 Menschen (8,2 %) von Armut betroffen.

- [Bundesrat: Ergebnisse und Evaluation der Nationalen Plattform gegen Armut 2019-2024](#) 

Ukraine: Forschung zeigt die extreme Not der Bevölkerung auf

„Listening to Ukraine Household Phone Surveys“ (L2Ukr) ist eine von der Weltbank in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Institut für Soziologie in Kyjiw durchgeführte Telefonumfrage, die rund 2.000 Haushalte in allen Gebieten unter ukrainischer Regierungskontrolle erreichte. Die Ergebnisse zeigten, dass die Armut, gemessen an den nationalen Standards, für 1,8 Millionen Menschen zunimmt; im Juni 2023 gab etwa ein Viertel der Ukrainer:innen an, nicht genug Geld für Lebensmittel zu haben; mehr als ein Fünftel der vor dem Krieg beschäftigten Erwachsenen hatte den Arbeitsplatz verloren. Durch die kontinuierliche finanzielle Unterstützung von Gebern aus dem Ausland konnte die Zahlung von Altersrenten und Sozialhilfe aufrechterhalten werden. Außerdem konnten die meisten staatlichen Dienstleistungen aufrechterhalten werden: Zwischen 85 % und 92 % der Kliniken sind weiterhin voll funktionsfähig, und mindestens 89 % der Schulkinder sind in der Schule eingeschrieben, 72 % davon im Fernunterricht.

- [World Bank: Listening to Citizens of Ukraine Survey](#) 

Frankreich: Macron will Smartphone-Nutzung von Minderjährigen weiter einschränken

Der französische Präsident Emmanuel Macron will stärker gegen die Smartphone-Nutzung von Minderjährigen vorgehen. Im Vorfeld der Parlamentswahlen Ende Juni kündigte er an, Kindern unter 11 Jahren die Nutzung von Mobiltelefonen verbieten zu wollen. Macrons Vorschläge stützen sich auf den Expertenbericht einer Sonderkommission, der im April im Élysée-Palast vorgestellt wurde. Dieser riet davon ab, Kindern unter 11 Jahren Mobiltelefone zur Verfügung zu stellen, und empfahl, den Internetzugang auf Mobiltelefonen bis zum Alter von 13 Jahren einzuschränken und den Zugang zu sozialen Medien auf Mobiltelefonen bis zum Alter von 15 Jahren zu begrenzen.

Weitere Nachrichten

18 NGOs fordern volle Transparenz bei der Umsetzung der Europäischen Pflegestrategie

AGE, Caritas Europa, COFACE und 15 weitere Organisationen fordern die nationalen Regierungen und die EU-Kommission auf, offene und transparente Berichterstattungsmechanismen für eine effektive Überwachung und Umsetzung der Europäischen Pflegestrategie zu gewährleisten. Die nationalen Maßnahmen zur Langzeitpflege, die die Mitgliedstaaten der Kommission bis Juni 2024 vorlegen sollen, sollten auf den Websites der nationalen Regierungen und der Kommission öffentlich zugänglich gemacht werden. Die nationalen Maßnahmen müssten angemessen finanziert, ehrgeizig, zeitgebunden, zielgerichtet und messbar sein, um die Erschwinglichkeit, Zugänglichkeit und Qualität der Pflegedienste zu verbessern. Sie müssen die häuslichen und gemeindenahen Betreuungsmöglichkeiten ausbauen sowie Eltern und Familien die Wahlfreiheit hinsichtlich der für sie am besten geeigneten Betreuungsmöglichkeiten geben.

- [AGE, Caritas u. a.: Call for full transparency in the implementation of the European Care Strategy](#)  
- [AGF: Europäisches Fachgespräch zum Thema „Care Strategy“ \(10/23\)](#)

Offene UN-Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns schlägt Ausarbeitung einer Altenrechtskonvention vor

Die Offene Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns der Vereinten Nationen hat auf ihrer 14. Sitzung Empfehlungen verabschiedet, wie die Menschenrechte Älterer besser geschützt werden können. In ihren Empfehlungen schlägt sie

unter anderem die Ausarbeitung einer UN-Altenrechtskonvention vor. Sie würde die Rechte älterer Menschen systematisch in einem Dokument zusammenführen und Regelungen für Lebensbereiche treffen, in denen der Schutz älterer Menschen rechtlich noch nicht ausreichend gesichert ist.

- [UN General Assembly, Open-ended Working Group on Ageing: Recommendations ...](#)  

Familie und Wohnen: Wohnort als Elternfalle, Toolkit sozialer Wohnungsbau

Die Bezahlbarkeit von Wohnraum ist in der gesamten EU zu einer großen Herausforderung geworden: Zwischen 2010 und 2023 stiegen die Kaufpreise von Wohnungen um 47,9 % und die Mieten um 22,8 %. Fast 10 % der EU-Bürger:innen gaben 2022 mehr als 40 % ihres Einkommens für Wohnen aus. Deutschland ist im EU-Vergleich Mieterland Nummer eins: 53,5 % der Bevölkerung haben 2022 zur Miete gewohnt. Eine Studie zu Großbritannien hat gezeigt, dass die steigenden Wohnkosten viele Eltern in einer Falle festhalten, da die Hälfte der Familien für die Kinderbetreuung auf die räumliche Nähe zu den Großeltern angewiesen sei. Eine durchschnittliche Familie spare dank der Kinderbetreuung durch die Großeltern etwa 4600 Pfund pro Jahr, könne sich aber eine gewünschte größere Wohnung nicht dort leisten, wo die Großeltern wohnen.

Ein Toolkit der EU-Kommission enthält 20 Fallstudien, die veranschaulichen, wie EU-Fonds wie der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+), der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und die Fazilität für Konjunkturbelebung und Widerstandsfähigkeit (RRF) genutzt werden können, um den Zugang zu angemessenem Wohnraum zu verbessern.

- [EU Commission: Social housing and beyond – Operational toolkit on the use of EU funds ...](#) 
- [Destatis \(Statistisches Bundesamt\): Deutschland ist Mieterland Nr. 1 in der EU](#)
- [Zoopla Ltd.: The Parent Trap – how millions of UK parents feel 'trapped' into living near grandparents](#) 
- [AGF: Familienspezifische Perspektiven auf die Wohnungspolitik](#) (Juni 2024)

Deklaration anlässlich des 30. Jubiläums des Internationalen Jahres der Familie

Die österreichische Familienministerin Susanne Raab hatte ihre europäischen Amtskolleg:innen für den Jahrestag zu einer hochrangigen Konferenz eingeladen. Die 15 Minister:innen aus überwiegend Ost-, Süd- und Mitteleuropa verabschiedeten eine Erklärung zur Bedeutung der Familien in der Gesellschaft. Danach fand eine wissenschaftliche Konferenz statt.

- [Bundeskanzleramt \(Österreich\): 30-jähriges Jubiläum des „Internationalen Jahres der Familie“](#)

Erster Internationaler Tag des Spielens

Im März 2024 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution, die den 11. Juni zum Internationalen Tag des Spielens erklärt hat. Der Jahrestag soll die wesentliche Rolle des Spiels im Leben von Kindern und seine Bedeutung für Bildung und Wohlbefinden hervorheben. Zudem soll die Bedeutung des Spiels für Inklusion, Resilienz und Toleranz unterstrichen werden.

- [UN: International Day of Play](#) 

Weltgesundheitsversammlung: Durchbruch bei internationalen Gesundheitsvorschriften

Über 110 000 Kinder und Jugendliche sind weltweit an COVID-19 gestorben, viele mehr haben Elternteile oder Großeltern verloren. Allein in Deutschland sind schätzungsweise 140 000 Kinder an Long-COVID erkrankt. Vor

diesem Hintergrund hat die Weltgesundheitsversammlung (WHA) eine Einigung über die Überarbeitung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) erzielt. Auf ein Pandemieabkommen konnte man sich jedoch noch nicht einigen. Es gibt nun eine neue Definition des pandemischen Notfalls, die schnellere internationale Maßnahmen ermöglicht, um eine ausgewachsene Pandemie zu verhindern.

- [GBD Results Tool: Deaths from COVID-19 0-19 years in 2020 and 2021](#) (Registrierung erforderlich) 
- [WHO: International Health Regulations \(incl. amendments from WHA 77\), 1 June 2024](#)  

Berichte und Studien

OECD Sozialindikatoren: Society at a Glance 2024 – mit einem Fokus auf die Geburtenentwicklung

In der gesamten OECD hat sich die Geburtenrate von 3,3 Kindern pro Frau im Jahr 1960 auf 1,5 im Jahr 2022 halbiert. Der Bericht „Society at a Glance 2024“ zeigt auf, dass die Regierungen vieler OECD-Länder zwar eine Reihe von politischen Maßnahmen zur Unterstützung von Familien ergriffen haben, dass aber immer mehr Menschen in ihrer Entscheidung, Eltern zu werden, durch die damit verbundenen wirtschaftlichen Kosten und die langfristige finanzielle Unsicherheit beeinflusst werden. Darüber hinaus werden in dieser zehnten Ausgabe von „Society at a Glance“ 25 soziale Indikatoren vorgestellt, die Daten für 38 OECD-Mitgliedsländer und, soweit verfügbar, für die Beitrittsländer und die wichtigsten Partnerländer enthalten. Sie enthält auch einen Abschnitt, in dem es darum geht, wie die Menschen soziale und wirtschaftliche Risiken wahrnehmen und inwieweit sie glauben, dass sie Zugang zu Sozialleistungen haben.

- [OECD: Society at a Glance 2024](#) 

Studie zeigt das Steuergefälle zwischen Steuerzahler:innen mit und ohne Kindern

Nach einer Studie der wirtschaftsorientierten Denkfabrik Tax Foundation Europe sind die Steuerunterschiede in den europäischen Ländern zwischen alleinstehenden Steuerzahler:innen ohne Kinder und Familien mit Kindern besonders groß. Danach läge die durchschnittliche Steuerbelastung im Jahr 2023 aus Einkommens- und Lohnsteuer für Familien in den OECD-Ländern bei 25,7 % und damit 9,1 % niedriger als für Alleinstehende ohne Kinder (34,8 %). In Ländern, in denen der Unterschied größer ist, erhalten Familien mit Kindern mehr Steuererleichterungen. In 30 der 38 OECD-Länder machen demnach die gesamten Sozialversicherungsbeiträge einen größeren Teil der Steuer- und Abgabenlast auf Arbeit aus als die Einkommensteuer. In sieben OECD-Ländern, darunter Deutschland, Ungarn, Litauen, Polen und Slowenien, tragen die Arbeitnehmer:innen einen größeren Teil der Sozialversicherungsbeiträge als die Arbeitgeber:innen. Die Studie wird jährlich aktualisiert.

- [Tax Foundation Europe: A Comparison of the Tax Burden on Labor in the OECD](#) 

OECD: PISA-Studien zu kreativem Denken und finanzieller Bildung

Das OECD Programme for International Student Assessment (PISA) untersucht, was Schüler:innen auf der ganzen Welt wissen und können. In Band III wird für das Jahr 2022 erstmals die Fähigkeit der Schüler:innen in 64 Ländern bewertet, kreativ zu denken, d. h. originelle und vielfältige Ideen zu entwickeln. Band IV untersucht in 20 Volkswirtschaften das Verständnis von 15-jährigen Schüler:innen für Geldangelegenheiten.

- [OECD: PISA 2022 Results \(Volume III\) – Creative Minds, Creative Schools](#) (Juni 2024) 
- [OECD: PISA 2022 Results \(Volume IV\) – How Financially Smart Are Students?](#) (Juni 2024) 

UNICEF: schwere Ernährungsarmut bei jedem vierten Kleinkind

Laut UNICEF sind 181 Millionen Kinder unter fünf Jahren weltweit – jedes vierte Kind der Altersgruppe – von schwerer Ernährungsarmut betroffen. Unter Kindern in osteuropäischen Ländern sind es 2 % (in Serbien) bis 18 % (in Albanien). Laut dem Bericht haben Millionen von Kindern unter fünf Jahren keinen Zugang zu der nahrhaften und abwechslungsreichen Ernährung, die sie für ihr gesundes Wachstum und ihre Entwicklung benötigen. Als von schwerer Ernährungsarmut betroffen gelten Kinder, die Nahrungsmittel aus nicht mehr als zwei von acht definierten Lebensmittelgruppen zu sich nehmen. Vier von fünf davon betroffene Kinder erhalten lediglich Muttermilch/Milch und/oder ein stärkehaltiges Grundnahrungsmittel wie Reis, Mais oder Weizen. Weniger als zehn Prozent der betroffenen Kinder haben Zugang zu Obst und Gemüse. Und weniger als fünf Prozent erhalten nährstoffreiche Lebensmittel wie Eier, Fisch, Geflügel oder Fleisch.

- [UNICEF: Jedes vierte Kind weltweit von schwerer Ernährungsarmut betroffen](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online/Ort	Titel und Link	Veranstalter
2.-3. Juli 2024, Malta	Eurochild Convention 2024 – Fostering Rights-Based Solutions to Tackle Child Poverty and Social Exclusion across Europe	Eurochild
3. Juli 2024, online und auf Malta	Using children's rights to recover from the global pandemic	Building Children's Futures
9. Juli 2024, online	Avoiding fragmentation in family policy: reflections from some European countries	ICCFR in Zusammenarbeit mit CISF und COFACE Europe
11. Juli 2024	World Population Day	UN
15. Juli 2024	World Youth Skills Day	UN
22. August 2024, Bern	Nationale Konferenz gegen Armut (Schweiz)	Nationale Plattform gegen Armut (Schweiz)
25. September 2024, Vilnius	Work-Life Balance Strategies in Family Policy	COFACE Families Europe
9. Oktober 2024, Berlin	Europäisches Fachgespräch zur Rolle der kommunalen Ebene bei der Umsetzung der Europäischen Kindergarantie	AGF
17. Oktober 2024, Berlin	Care-Verantwortungen in transnationalen Familien	AGF, DeZIM und TraFaDy
14.-16. November 2024, Malta	2024 ICCFR Conference: Intergenerational Perspectives in Families – Challenges and Opportunities	ICCFR

Datum Online/Ort	Titel und Link	Veranstalter
6.-7. Februar 2025, Malta	1st International Conference on Strong Blended Families	The Malta Foundation for the Wellbeing of Society and University of Malta

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e. V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e. V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·

Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70

E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de

Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v. i. S. d. P.)

Gefördert vom:

